

Medienmitteilung

Thema	Solidar- und Kettenhaftung für Generalunternehmen
Für Rückfragen	Thomas Maier, Nationalrat, Tel +41 78 652 06 50
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	05. Dezember 2012

Grünliberale stimmen Solidar- und Kettenhaftung für Generalunternehmen zu, erwarten aber transparente Evaluation

Die Grünliberalen stehen klar zur Personenfreizügigkeit, welche für den Werkplatz Schweiz und damit für unseren Wohlstand von grosser Bedeutung ist. Flankierende Massnahmen sind zur Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen und für die Akzeptanz des Personenfreizügigkeitsabkommens in der Bevölkerung sehr wichtig. Aus diesem Grund haben sich die Grünliberalen heute für eine Solidar- und Kettenhaftung für Generalunternehmen im Bauhaupt- und Nebengewerbe ausgesprochen. Die Grünliberalen erwarten aber, dass in 5 Jahren eine transparente Kosten- und Nutzenanalyse gemacht wird und der Artikel wieder gestrichen wird, falls er sich als nicht zweckmässig erweisen sollte.

Die Grünliberalen haben heute mit der Mehrheit des Nationalrats für eine Solidar- oder Kettenhaftung für Generalunternehmen im Bauhaupt- und Nebengewerbe gestimmt und damit die Akzeptanz der für die Grünliberalen unbestrittenen Personenfreizügigkeit gestärkt.

Eigentlich sollte diese neue Regelung gar nicht nötig sein, da alle Unternehmen und insbesondere auch alle Subunternehmen sowieso dem geltenden Gesetz unterliegen und Verstösse gegen dieses auch gegenüber Subunternehmen einklagbar sind. Gerade im Bauhaupt- und Nebengewerbe gibt es heute aber dennoch Probleme mit Lohndumping. Die Grünliberalen sind deshalb bereit, versuchsweise eine Regelung in Form einer Solidar- und Kettenhaftung für Generalunternehmen einzuführen.

Einerseits wollen die Grünliberalen damit die Zukunft und die Ausweitung der bilateralen Verträge sichern und andererseits gilt die heute beschlossene Lösung ausschliesslich für einen Bereich, wo unbestritten Probleme bestehen, weshalb die neue Regelung auch wirtschaftspolitisch vertretbar ist.

Die Grünliberalen erwarten aber, dass in 5 Jahren eine transparente Kosten- und Nutzenanalyse gemacht wird und der Artikel wieder gestrichen wird, wenn er sich als nicht zweckmässig erweisen sollte. Hier nehmen die Grünliberalen den Bundesrat und das Parlament beim Wort.